

Vereinbarung

über die Begründung einer

Sonderbaulast

zwischen

dem

**Landkreis [...], vertreten durch den/die Landrat/rätin,
- Landkreis [...]-,**

und der

**Gemeinde /Stadt [...] im Landkreis [...],
vertreten durch den/die Ersten Bürgermeister/in // Oberbürgermeister/in,
- Gemeinde / Stadt [...]-,**

– im Folgenden gemeinsam „Beteiligte“ genannt –

über die

**Radschnellverbindung [...] auf dem Gebiet der
Gemeinde/Stadt [...]**

Präambel

¹Die Beteiligten haben [zusammen mit ...] die Absicht bekundet, die Radschnellverbindung [...] zu planen und die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen einzuholen. ²Dazu wurde am [...] eine gemeinsame Absichtserklärung geschlossen. ³Die Trassenführung der Radschnellverbindung auf dem Gebiet der Gemeinde/Stadt [...] erfolgt in enger Abstimmung zwischen dem Landkreis [...], dem von diesem noch zu beauftragenden Ingenieurbüro und der Gemeinde/Stadt [...].

§ 1 Verkehrliche Bedeutung

- (1) ¹Die Radschnellverbindung [...] soll auf dem Gebiet der Gemeinde/Stadt [...] verlaufen. ²Bestandteil dieser Absichtserklärung ist als Anlage 1 ein Übersichtslageplan, in dem die voraussichtliche Trassenführung der Radschnellverbindung hervorgehoben ist. ³Alternative Trassenführungen können sich im Zuge der fortschreitenden Planung ergeben.
- (2) In ihrer letzten Ausbaustufe hat die Radschnellverbindung eine wichtige überörtliche Verbindungsfunktion für den Alltagsradverkehr.
- (3) Auch auf dem Gebiet der Gemeinde/Stadt [...] kommt der Radschnellverbindung ein hohes Radverkehrspotenzial zu.

§ 2 Baulastübernahme

- (1) Der Landkreis [...] und die Gemeinde/Stadt [...] kommen überein, dass der Landkreis die Baulast für den Neubau der Radschnellverbindung [...] übernimmt, soweit die Gemeinde/Stadt [...] Baulastträgerin für diese Radschnellverbindung wäre.
- (2) Der Auftrag zur Übernahme der Baulast der Radschnellverbindung durch den Landkreis [...] wurde vom Kreistag// vom [...]ausschuss des Kreistages am [...] und im Gemeinde-/Stadtrat der Gemeinde/Stadt [...] am [...] beschlossen.
- (3) Mit Verkehrsfreigabe fällt die Baulast an die Gemeinde/Stadt [...] zurück.

- (4) Weitere detaillierte Regelungen über Grunderwerb, Planung und Bau der Radschnellverbindung auf dem Gebiet der Gemeinde/Stadt [...] werden in einer weiteren noch abzuschließenden Vereinbarung zwischen dem Landkreis [...] und der Gemeinde/Stadt [...] geregelt.

§ 3 Haftung

Soweit in dieser Vereinbarung nichts anderweitig geregelt wurde, richtet sich die Haftung der Beteiligten nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 4 Salvatorische Bestimmungen

- (1) Die Unwirksamkeit oder Nichtigkeit einzelner Bestimmungen berühren die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dieser Vereinbarung nicht.
- (2) Die Beteiligten verpflichten sich, unwirksame oder nichtige Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck der Vereinbarung rechtlich und wirtschaftlich entsprechen.
- (3) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

§ 5 Schlussbestimmungen

- (1) Jeder der Beteiligten erhält eine Ausfertigung der Vereinbarung mit den Originalunterschriften.
- (2) ¹Zu dieser Vereinbarung bestehen keine Nebenabsprachen. ²Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Für den Landkreis [...]

[...], den

.....
Vorname N a c h n a m e
Landrat / Landrätin

Für die Gemeinde / Stadt [...]

[...], den

.....
Vorname N a c h n a m e
1.
Bürgermeister/in//Oberbürgermeister/in

Anlage 1
Übersichtslageplan, Maßstab 1:[...]